

CDU-Gemeinderatsfraktion Mühlacker

Pressemitteilung

CDU: Vorwurf des Wortbruchs bleibt bestehen – OB trägt Verantwortung für Zeitdruck, mit dem über die Freibad-Millionen entschieden werden soll

Mühlacker. „Offenbar nimmt OB Schütterle es nun auch mit der Wahrheit nicht mehr so ganz ernst.“ So reagierte der Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion, Günter Bächle, auf die im PZ-Bericht vom 27. November wiedergegebene Darstellung des Oberbürgermeisters zur nichtöffentlichen Diskussion des Verwaltungsausschusses über die Zukunft der Freibad-Millionen. Es habe keineswegs nur vereinzelte Vertagungszurufe gegeben, wie er behaupte, sondern klare Erklärungen der Mehrheit des Gremiums. Denn es sei gar nicht um die Vertagung der Beratungen im Verwaltungsausschuss gegangen – denn nur diese hätten vertagt werden können – sondern um die Entscheidung, wann im Gemeinderat endgültig beschlossen wird. Vorher sollten noch offene Fragen geklärt werden. So habe die Mehrheit des Ausschusses den Geschäftsführer der Stadtwerke gebeten, von einem Steuerberater vorgelegte Zahlen auf ihre Realität zu überprüfen, soweit sie die Stadtwerke betreffen. Bächle: „Es war klar, dass die Ergebnisse nicht bis zum andern Tag vorliegen. Tatsächlich war der Geschäftsführer der Stadtwerke am Dienstagabend auch nicht in der Gemeinderatssitzung.“ Der OB habe in der Sitzung des Verwaltungsausschusses nicht einmal der Forderung widersprochen, am 9. Dezember im Gemeinderat über die Verwendung der Millionen zu entscheiden und nicht 21 Stunden später. Das sei auch ganz logisch, weil die Fraktionen sonst keine Gelegenheit gehabt hätten, die Ergebnisse der Vorberatungen zu diskutieren und die Informationen an jene Mitglieder weiterzugeben, die im Verwaltungsausschuss nicht anwesend waren. Aus all dem sei der Vorwurf des Wortbruchs und der Konfrontation an die Adresse des OB aufrecht zu erhalten.

„Wir hätten schon längst Nägel mit Köpfen machen können, wenn der OB vorher seine Hausaufgaben gemacht hätte“, sagte Bächle weiter. Es sei allen klar gewesen, dass im Abstimmung mit dem Finanzamt rechtzeitig eine Entscheidung getroffen werden müsse, damit der Eigenbetrieb Freibad keine Steuern an Vater Staat bezahlen muss. Als zuständiger Dezernent habe Schütterle das Thema immer vor sich hergeschoben, offenbar seien alle anderen Dinge wie die Anstellung eines Integrations-Beauftragten wichtiger gewesen. „Ich habe in meiner Haushaltsrede vom 19. Dezember 2006 das Thema angeschnitten und in folgenden Etatberatungen immer wieder auf die Notwendigkeit der Klärung hingewiesen – geschehen ist nichts.“ Bei einer Besprechung am 18. März 2008 hätten Vertreter der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg auf die Dringlichkeit des Handelns hingewiesen. Der OB habe dann Beratungen für Mai angekündigt, später für Juli. „Tatsächlich kam er dann erst im September mit einer Vorlage.“ Erst auf Druck des Gemeinderats seien dann von einem Steuerberater Anfang Oktober alle denkbaren Varianten vorgestellt worden, danach habe es Klärungsgespräche mit dem

Finanzamt gegeben. Bächle: „Wenn es um zwölf Millionen geht, lassen wir uns nicht unter Zeitdruck setzen, den der OB zu verantworten hat.“

Denn Ziel zumindest der CDU-Fraktion sei es, das Tafelsilber der Stadt nicht einfach zu verscherbeln und dann auch noch 1,3 Millionen Euro Steuern an den Staat zu bezahlen - Geld, das uns selbst gut tut.“ Die Erlöse aus den EnBW-Aktien müssten nachhaltig verwendet werden, „so dass auch künftige Generationen noch etwas von den Erträgen hat.“ Schulden zu tilgen, auf dass anschließend neue gemacht werden, sei kein Weg.